

Senatsbeschlüsse

der 186. Sitzung des Senats

am 20.11.2018, 11:15 Uhr

- 4546.) Bebauungsplan 2474
für ein Gebiet in Bremen-Huchting
zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße
(Bearbeitungsstand: 27.09.2018)
(Vorlage 2498/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Bebauungsplan 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße (Bearbeitungsstand: 27.09.2018) entsprechend der Vorlage 2498/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4547.) Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück
zwischen
- Ludwig-Roselius-Allee,
- Im Holter Feld,
- Vahrer Feldweg und
- Vahrer Straße
(Bearbeitungsstand: 27.09.2018)
(Vorlage 2499/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Bebauungsplan 2478 entsprechend der Vorlage 2499/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4548.) Flächennutzungsplan Bremen
3. Änderung
Bremen - Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg)
(Bearbeitungsstand: 15.05.2018)
(Vorlage 2500/19)
-

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft an und beschließt, den Plan zur 3.Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Umweltzentrum Vahrer Feldweg) (Bearbeitungsstand: 15.05.2018) entsprechend der Vorlage 2500/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

- 4549.) "Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP):
Einführung einer ‚Aufstiegsfortbildungs-Prämie‘ im Land Bremen"
(Vorlage 2501/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2501/19 die Einführung einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ ab dem 01.01.2019.
2. Der Senat beschließt die als Anlage beigefügte „Richtlinie zur Gewährung einer Billigkeitsleistung für eine Prämie bei erfolgreich abgeschlossener Aufstiegsfortbildung (Bremische Aufstiegsfortbildungs-Prämie)“
3. Der Senat stimmt der Finanzierung der Kosten für die Durchführung des Programms in Höhe von jeweils 1.800.000 Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 im PPL 31 unter Heranziehung potenzieller Minderausgaben im BAP im laufenden Haushaltsvollzug zu.
4. Der Senat stimmt der Finanzierung der Kosten für die Bewirtschaftung des Programms (Beauftragung der NBank) in Höhe von jeweils 50.000

Euro für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 im PPL 31 unter Heranziehung potenzieller Minderausgaben im BAP im laufenden Haushaltsvollzug zu.

5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass

- unter „B. Lösung“ im letzten Satz nach dem Wort „soll“ die Wörter „bis Mitte 2019“ eingefügt werden.
- unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Absatz sowie im 3. Beschlussvorschlag jeweils das Wort „potenzieller“ durch das Wort „von“ ersetzt wird.
- unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der dritte Kullerpunkt ersatzlos gestrichen wird.

4550.) "Spitzensportförderung auf korruptionsfreie und faire Sportwettkämpfe konzentrieren!"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2502/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 14.11.2018 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.11.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. November 2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4551.) "Umsetzung des Vertrags von Marrakesch"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2503/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2503/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 1 wird der letzte Satz ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 2 wird im ersten Satz des zweiten Absatzes hinter dem Wort „worden“ ein Punkt gesetzt und der Rest des Satzes ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4552.) Neubau eines Ausstellungsbereiches "Extremwetter" im Klimahaus
Bremerhaven
Hier: Finanzierung der Planungsleistungen
(Vorlage 2504/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 4. Dezember 2018 aus.

4553.) Bremer Industrie-Park
Erschließung der 5. Baustufe - Mehrkosten
(Vorlage 2505/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2505/19 den Mehrkosten von 995.000 € bei den Straßenbau-, Kanal- und Gewässerbaumaßnahmen zur Erschließung der 5. Baustufe des Bremer Industrie-Parks zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen einer Verpflichtung bei der Haushaltsstelle 0709/891 70-7, GRW-Maßnahmen (BAB), in Höhe von 895.500 € sowie der damit verbundenen Vorbelastung des zukünftigen Haushalts 2020 zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahmen durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

4554.) "Sanierungsbedarf Schulhöfe"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2506/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2506/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 4a wird im zweiten Absatz der Zusatz „v. H.“ ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 9 werden im zweiten Absatz nach dem Wort „Mangel“ die Wörter „je nach Dringlichkeit“ eingefügt.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4555.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze (Vorlage 2507/19 und Neufassung der Anlage 1 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15.11.2018)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2507/19 und unter Berücksichtigung der Neufassung der Anlage 1 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15. November 2018 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Gesetze sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung mit der Maßgabe folgender Änderung:

Im Gesetzentwurf werden in Artikel 2 unter „2b)“ und unter „7.“ Die Wörter „Datenschutz Grundverordnung“ geändert in „Verordnung (EU) 2016/679“.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im ersten Absatz das letzte Wort in „erörtert“ geändert wird.

4556.) Tagesordnung der 972. Sitzung des Bundesrates am 23.11.2018

Beschluss:

1. Der Senat fasst folgende Beschlüsse:

001	Ansprache des Präsidenten
-----	---------------------------

- -

002	Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts - Einführung einer Brückenteilzeit
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses und Fassen einer EntschlieÙung = Zustimmung zu Drs. 521/1/18

003	Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 557/18
<hr/>	
004	Gesetz zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 558/18
<hr/>	
005	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 559/18
<hr/>	
006	Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 522/18
<hr/>	
007	Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 560/18
<hr/>	
008	Gesetz zur Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes 2021 und Zweiten Dopingopfer-Hilfegesetzes sowie Bundesbesoldungsgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 523/18
<hr/>	
009	Gesetz zu dem Vertrag vom 6. Juli 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland - Körperschaft des öffentlichen Rechts - zur Änderung des Vertrages vom 27. Januar 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland - Körperschaft des öffentlichen Rechts - zuletzt geändert durch den Vertrag vom 30. November 2011
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 524/18
<hr/>	

010	Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 561/18
<hr/>	
011	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 525/18
<hr/>	
012	Gesetz zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken zugunsten von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 526/18
<hr/>	
013 a	Gesetz zu der Entschließung LP.4(8) vom 18. Oktober 2013 über die Änderung des Londoner Protokolls zur Regelung des Absetzens von Stoffen für Tätigkeiten der Meeresdüngung und andere Tätigkeiten des marinen Geo-Engineerings
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 527/18
<hr/>	
013 b	Gesetz zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 528/18
<hr/>	
014	Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmaut-gesetzes und zur Änderung weiterer straßenverkehrs-rechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 529/18
<hr/>	
015	Zweites Gesetz zur Änderung des Seearbeitsgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 530/18
<hr/>	

016	Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich
Beschluss:	Entscheidung über Zustimmung zu einem Gesetz und das Fassen von zwei Entschlüssen: = Zustimmung zu Drs. 562/1/18 mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffer 1 sowie Ablehnung der Ziffer 4 und Enthaltung zu den Ziffern 5 und 6
017	Zweites Gesetz zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 531/18
018	Gesetz zur Änderung des Akkreditierungsstellengesetzes und der Gewerbeordnung
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 532/18
019	Viertes Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 533/18
020	Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2019
Beschluss:	Keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 534/18
021	Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 537/18
022	Gesetz zu dem Abkommen vom 8. Februar 2018 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 538/18

023	Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong)
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz = Zustimmung zu Drs. 539/18
<hr/>	
024	Entwurf eines Gesetzes zur Dynamisierung der Einkommensgrenze für Minijobs und für Verbesserungen für Arbeitnehmer in der Gleitzone Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Nichteinbringung des Gesetzentwurfes = Zustimmung zu Drs. 419/1/18
<hr/>	
025	Entschließung des Bundesrates "Es ist normal, verschieden zu sein" Bremen (U), Berlin (U)
Beschluss:	Fassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 495/18
<hr/>	
026	Entschließung des Bundesrates - Bereitstellung der Mittel für den Pakt für den Rechtsstaat durch den Bund Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Fassen einer Entschließung bei freier Hand zur sofortigen Sachentscheidung = 1. Freie Hand für den Fall einer sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Ziffer 1 der Drs. 322/1/18
<hr/>	
027	Entschließung des Bundesrates zur Reduktion des von grenznahen Kernkraftwerken ausgehenden Risikos für die Bevölkerung in Deutschland Baden-Württemberg (U)
Beschluss:	Fassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 512/18
<hr/>	
028	Entschließung des Bundesrates zu Transparenz und klaren Regeln auf digitalen Märkten Hessen (U)
Beschluss:	Enthaltung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe und unverändert = Enthaltung zu Drs. 519/1/18
<hr/>	

029	Entwurf eines Gesetzes zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds ""Deutsche Einheit""
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne drei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 502/1/18 mit folgender Maßgabe: Freie Hand zu Ziffer 2, 3 und 6
<hr/>	
030	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Beitragssatz-anpassung
Beschluss:	Keine Einwendungen zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 503/18
<hr/>	
031	Entwurf eines Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zur Drs. 504/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zur Ziffer 39, Ablehnung der Ziffern 43 und 44 Freie Hand zu Ziffer 3 mit Tendenz Enthaltung
<hr/>	
032	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Umwandlungsgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 505/1/18
<hr/>	
033	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 506/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 3
<hr/>	

034	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 563/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffern 5, 6, 11, 18, 19, 32, 42, 44, 47 Ablehnung der Ziffern 30, 43, 52
035	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr
Beschluss:	Keine Einwendungen zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 507/18
036	Bericht über die Situation unbegleiteter ausländischer Minderjähriger in Deutschland
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 478/18
037	Bericht nach § 3 des Energieleitungsausbaugesetzes
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 485/18
038	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 443/1/18
039	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Justizbarometer 2018
Beschluss:	Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung = Zustimmung zu Drs. 416/1/18

040	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 98/700/JHA des Rates, der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) 2016/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme mit dem Ziel der Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 472/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 5
<hr/>	
041	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Neufassung)
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern = Zustimmung zur Drs. 473/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung Ziffern 12 und 14 Enthaltung zu Ziffern 1, 3, 5, 8, 9 und 20 Freie Hand zu Ziffer 19 mit Tendenz Enthaltung
<hr/>	
042	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte
Beschluss:	Enthaltung zur Stellungnahme mit dem Ziel der Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 474/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 1 bis 24
<hr/>	
043	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa - Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt
Beschluss:	Stellungnahme zur Mitteilung ohne drei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 511/1/18 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu den Ziffern 3, 5 und 7
<hr/>	

044	Dritte Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenfeststellungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 486/18
<hr/>	
045	Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2019
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 496/18
<hr/>	
046	Siebte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungs-Rechnungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 497/18
<hr/>	
047	Erste Verordnung zur Änderung der Neuartige Lebensmittel-Verordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 498/18
<hr/>	
048	Zweite Verordnung zur Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 508/1/18
<hr/>	
049	Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 487/18
<hr/>	
050	Fünfte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 488/18
<hr/>	
051	Zehnte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 499/18
<hr/>	

052	Benennung eines Mitglieds und eines stellvertreten-den Mitglieds für den Beirat des Klärschlamm-Entschädigungsfonds
Beschluss:	Benennung Gemäß Vorschlag (MR Dr. Jörg Hüther/HE als Mitglied und MR Markus Langner/BW als stellvertretendes Mitglied) = Zustimmung zu Drs. 542/1/18
<hr/>	
053 a	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Arbeitsgruppe der Kommission für heterogenes Material für Pflanzenpopulationen
Beschluss:	Benennung Gemäß Vorschlag (LOR'in Gerda Bauch/BY) = Zustimmung zu Drs. 457/1/18
<hr/>	
053 b	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die neue Generation von Arbeitsgruppen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ("ET 2020") (Arbeitsgruppe der Kommission "Frühkindliche Bildung und Betreuung")
Beschluss:	Benennung Gemäß Vorschlag (RL'in Bettina Stobbe/BB als Mitglied und RL'in Xenia Roth/RP als Stellvertreterin) = Zustimmung zu Drs. 460/1/18
<hr/>	
053 c	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die neue Generation von Arbeitsgruppen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ("ET 2020") (Kommissionsarbeitsgruppe "Erwachsenenbildung")
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR Dr. Nils Geißler/SN) = Zustimmung zu Drs. 501/1/18
<hr/>	
053 d	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Europass Sachverständigengruppe der Kommission (Europass Advisory Group)
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Oberschulrat Ulrich Schunder/BE) = Zustimmung zu Drs. 513/1/18

053 e	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Ratsarbeitsgruppe ""Zusammenarbeit in Strafsachen"" (COPEN)
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (OStA'in Dr. Sandra Müller-Steinhauer/NW) = Zustimmung zu Drs. 514/1/18
053 f	Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die neue Generation von Arbeitsgruppen im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (""ET 2020"")
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (siehe Drs.) = Zustimmung zu Drs. 520/1/18
054	Bestellung von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (FM Ahnen/RP, FM Taubert/TH und FM Strobel/SL) = Zustimmung zu Drs. 413/1/18
055	Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung ""Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland""
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (MR Claus Peter Boßmann/ST) = Zustimmung zu Drs. 483/18
056	Vorschlag der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz für die Ernennung einer Bundes-anwältin beim Bundesgerichtshof
Beschluss:	Zustimmung zum Benennungsvorschlag (OStA'in beim Bundesgerichtshof Duscha Gmel) = Zustimmung zu Drs. 489/18
057	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 535/18
058	Wahl des Vizepräsidenten des Bundesverfassungs-gerichts
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag = Zustimmung zu Drs. 580/18

059	Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bildung betrieblicher Interessenvertretungen für im Flugbetrieb beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U) , Thüringen (U)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
060	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk Schleswig-Holstein (U), Bremen (U) , Hamburg (U), Nordrhein-Westfalen (U), Rheinland-Pfalz (U), Thüringen (U)
Beschluss:	Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung, erneute Einbringung des Gesetzentwurfs beim Dt. Bundestag = 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 573/18
061	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Genossenschaften Brandenburg (U)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
062	Entschließung des Bundesrates – Teilhabeverfahrensbericht nach Sozialgesetzbuch (SGB IX) Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 41), Drs. 570/18 Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
063	Entschließung des Bundesrates – Streichung der Importförderklausel für Arzneimittel im Fünften Buch Sozialgesetzbuch Brandenburg (U)
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse
064	Entschließung des Bundesrates "Fahrgastrechte stärken - Entschädigungsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verspätungen und Ausfällen im Flug- und Bahnverkehr automatisieren" Saarland (U) Drs. 571/18
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

2. Der Senat stellt fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Senator Dr. Lohse und Frau Staatsrätin Hiller an der Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

4557.) Entwurf einer Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie weiterer im Vollstreckungsdienst eingesetzter Beamtinnen und Beamten
(Vorlage 2508/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2508/19 den Entwurf einer Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie weiterer im Vollstreckungsdienst eingesetzter Beamtinnen und Beamten.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Lande Bremen und gemäß Beschluss Nr. 3 zu TOP 3 der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den anderen norddeutschen Ländern zur Stellungnahme zuzuleiten.
3. Der Senat beschließt, dass vorbehaltlich der abschließenden Senatsbefassung für den Bereich des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ab dem 1. Januar 2019 auf der Basis des Entwurfs des Abschnitts 1 der Verordnung über die Vergütung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher sowie weiterer im Vollstreckungsdienst eingesetzter Beamtinnen und Beamten die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher die vorläufige Vergütung einbehalten können. Der Senator für Justiz und Verfassung weist die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher auf den Vorbehalt der vorläufigen Vergütung schriftlich hin.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass in § 13 des Verordnungsentwurfs hinter den Wörtern „in der am 31. August 2016“ die Wörter „ geltenden Fassung“ eingefügt werden.

- 4558.) "Aufarbeitung von Missständen bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2509/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2509/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4559.) Fortführung von Job Budget
(Vorlage 2510/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2510/19 der Fortsetzung der Maßnahme Job Budget (Übergang Werkstatt – allgemeiner Arbeitsmarkt) für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2022 und dem Einsatz aus Mitteln der Ausgleichsabgabe in Höhe von bis zu 583.200 Euro zu.
2. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 583.200 Euro zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, über die Senatorin für Finanzen die haushaltrechtlichen Voraussetzungen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
3. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird gebeten, die für eine ggf. erforderliche Rücklagenentnahme benötigte Liquidität im Jahre 2019 in seinem Senatorenbudget bereitzustellen. Sollte im Rahmen des jeweiligen Halbjahres-Controllings des PPL 31 begründet dargelegt werden, dass die entsprechende Liquidität zum Jahresende nicht oder

nicht in der erforderlichen Höhe innerhalb des Senatorenbudgets darstellbar sein wird, wird die Senatorin für Finanzen gebeten, die Liquidität aus dem Gesamthaushalt bereitzustellen.

4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung in den Jahren 2020-2022 i.H.v. 437.400 € (145.800 € p.a.) im Rahmen der Aufstellung der Haushalte 2020/2021 sowie im Rahmen der Fortschreibung der Finanzplanung 2022 prioritär im Haushalt des PPL 31 darzustellen und dazu den Ausgabeanschlag bei der Hst. 0304/681 31-4, Job Budget, in Höhe der zusätzlich benötigten Liquidität zu erhöhen.

4560.) Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage 2511/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt die Neufassung der Richtlinien zum Ankauf und zur Vermarktung von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen und bittet, diese der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft, der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die novellierte Richtlinie bei den unmittelbaren und mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen mit eigenen Grundstücken (im Betriebsvermögen) einzuführen soweit rechtlich und wirtschaftlich vertretbar, und hierzu entsprechende Gesellschafter-/Trägerbeschlüsse herbeizuführen. Sofern künftig weitere unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungen der Freien Hansestadt Bremen eigene Grundstücke (im Betriebsvermögen) halten, bittet der Senat die Senatorin für Finanzen im Einvernehmen mit den zuständigen

Fachressorts, die novellierte Richtlinie bei diesen ebenfalls verbindlich einzuführen und hierzu entsprechende Gesellschafter-/Trägerbeschlüsse herbeizuführen.

3. Der Senat beschließt die Einsetzung einer Staatsräterunde Immobilien, bestehend aus den Staatsräten der Ressorts Finanzen (Vorsitz), Umwelt, Bau und Verkehr, Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und der Senatskanzlei. Im Bedarfsfall sind betroffene Fachressorts zu beteiligen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, im Einvernehmen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im ersten Quartal 2019 einen Vorschlag zu entwickeln, mit dem die Kriterien für die unter 3 Satz 2 beschriebene Grundsatzprüfung festgelegt werden sollen. In diesem Vorschlag soll die Höhe der Erbpachtzinsen neu geregelt werden.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass in den Richtlinien unter Punkt „3.4 Auswahlentscheidung“ unter „d)“ folgender Satz an den ersten Absatz angefügt wird:

„Soweit kein Wettbewerb zu erwarten ist, besteht auch die Möglichkeit nach vorheriger Befassung der Staatsräterunde Immobilien auf Basis des für die vertraglich vorgesehene Nutzung ermittelten Verkehrswertes eine Direktvergabe vorzunehmen.“

4561.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: Fortsetzung ab 2019
(Vorlage 2512/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2512/19 die geplante Fortsetzung der Projekte im Rahmen des BAP ab 1. Januar 2019 zur

Kenntnis.

2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen in Höhe von 8.420.000 € bei der Haushaltsstelle 0308/686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel), mit Abdeckung in den Jahren 2019 bis 2021 aus den bereits in der Finanzplanung beschlossenen konsumtiven Ansätzen des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen Beschlüsse beim Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, einzuholen.

4562.) EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:
FuE-Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT
(Vorlage 2513/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2513/19 der Förderung einer FuE Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 900.000 €. Er stimmt vorbehaltlich der positiven Prüfung eines erforderlichen EFRE-Antrags einer Finanzierung aus dem EFRE-Programm 2014 – 2020 des Landes Bremen zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Förderung einer FuE Infrastruktur für additive Fertigung im EcoMaT und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2020 i.H.v. insgesamt 900.000 € zu. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/ 2021 die Maßnahme innerhalb des Ressorthaushalts prioritär zu berücksichtigen.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

4563.) Besetzung des Aufsichtsrates der Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH
(Vorlage 2514/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2514/19, den Aufsichtsrat der Bremer Verkehrs- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit Herrn Sven Wiebe als Nachfolger für Herrn Michael Poppinga zu besetzen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

4564.) "Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!"
(Große Anfrage der Fraktionen der SPD sowie Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2515/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 20.11.2018)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 27.11.2018 aus.

4565.) "Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen"
(Große Anfrage der Fraktion der SPD)
(Tischvorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15.11.2018)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 15. November 2018 die Antwort auf die Große Anfrage

der Fraktion der SPD vom 21. August 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.